

# STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -  
Wiedergutmachung

---

2491

---

---

---

---

---

---

---

---



2494

Termine:

~~19. 5. 1944~~

# Landgericht Hamburg

## Wiedergutmachungskammer

Berechtigte

Fr. Kayton, Howard B.

Brooklyn, R. Katzenstein

Rückerstattungspflichtige

Deutsches Reich

Wert:

Wertfestsetzung Bl.

Rückerstattung  
von Hausrat

13. JUL 1953

Weggelegt 19 <sup>13</sup>

- Aufzubewahren: - bis 19 <sup>84</sup>

- dauernd -

WiK 220 / 50



Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

2

Hamburg 36, den Februar 1950  
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude  
(Anbau) II, Stock Zimmer 742  
Telefon: 35 17 31

Aktenzeichen: 2 391-1-

An die  
Finanzbehörde des Handelskammer Hamburg  
Hamburg, Gänsemarkt

Betr.: Rückerstattungssache

*Dr. Howard S. Kugel / früher Dr. med. Hans Kugelstein, zuletzt Minister, U.S.A.,  
verheiratet durch Fried. Meyerhoff, Public Accountant, Feb. 26. 11. 1946  
550 West 163rd St. New York City 32, N.Y.*

.....  
hat/~~haben~~/ auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Britischen Militär-  
regierung ( Rückerstattungsgesetz ) den Anspruch auf Rücker-  
stattung

*des an den Oberfinanzpräsidenten von Hamburg übernommenen Geldes von RM. 10.044.80  
aus der auf Anordnung des Gestapo Hamburg durch die Firma Carl F. Hellrich AG,  
Valentinschlag 74 erfolgten Versteigerung der in Hamburg zur Versteigerung mit den  
Verurteilten nach Reichsbehörden (Kriegsgefangenen) (persönliche u. daselbst gesammelte)  
sowie auf die sonstigen ihm/ihr/ihnen nach diesem Gesetz zustehen-  
den Leistungen angemeldet. Sie werden von ihm/ihr/ihnen als  
Rückerstattungspflichtige in Anspruch genommen.*

Gemäss Artikel 53 des Gesetzes Nr. 59 wird Ihnen dieser Anspruch  
bekanntgegeben. Sie werden aufgefordert, sich binnen 2 Monaten  
nach Zustellung dieses Schreibens auf den Rückerstattungsanspruch  
zu erklären. Sie wollen Ihre Erklärung in dreifacher Ausfertigung  
hier einreichen. Sollten Sie innerhalb dieser Frist eine  
Erklärung auf den Anspruch nicht abgegeben haben, so kann das  
Wiedergutmachungsamt durch Beschluss dem Antrag stattgeben.

Gleichzeitig wird Ihnen aufgegeben mitzuteilen, wer als Beteilig-  
ter am Rückerstattungsverfahren ( Artikel 53 des Gesetzes Nr. 59 )  
in Frage kommt. Beteiligte sind insbesondere : frühere Eigen-  
tümer, Mitgesellschafter (Kommanditisten, stille Gesellschafter usw.  
Mieter oder Pächter des Gesamtobjektes, dinglich Berechtigte,  
Pfandgläubiger usw.

Im Entwurf gezeichnet:

Beglaubigt:

Büroangestellter

Formular II

Ausgefertigt am 13.2.50/Kl.

Gelassen am 14. Feb. 1950

Abgesandt am

/m/Zustellungsurkunde



Oberfinanzdirektion Hamburg  
K 21 n - BV - 414

16a  
Hamburg 13, den 14. Jan. 1953  
Postanschrift Hartungstr. 5  
Büro Wiedergutmachung:  
Hmb 13, Magdalenenstr. 64a  
Tel.: 34 10 04

An das  
Landgericht Hamburg  
I. Wiedergutmachungskammer  
H a m b u r g 36  
Sievekingplatz  
(dreifach)



In der Rückerstattungssache

- 1 WiK 220/50 -

Z 391 - 1 -

Dr. Kayton früher Katzenstein

Bevollmächtigter: Fred Meyerhoff, New York City 32, N.Y.,

Antragsteller

gegen

das Deutsche Reich,

gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg  
- Finanzbehörde -, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Hamburg,

Antragsgegner,

wird zur dortigen Auflage vom 12.12.1952 erwidert, daß nach  
dem Versteigerungsprotokoll der Firma Schlüter folgende Brutto-  
erlöse erzielt wurden:

5.4.1941	RM 1.015,--
7.4.1941	" 30,--
26.6.1943	" 100,--
28.3.1941	" 10.291,60
zusammen	RM 11.436,60

Ich könnte einem RM-Feststellungsbeschuß über RM 23.000,--  
zustimmen.

Als Tag der Entziehung wird der 28.3.1941 vorgeschlagen.

Eine Erfüllung des Anspruches bestimmt sich nach der künf-  
tigen gesetzlichen Regelung der Reichsverbindlichkeiten.

Mein Zugeständnis setzt voraus, daß der gleiche Anspruch  
nicht beim Wiedergutmachungsamt München, als zuständig für den  
früheren Wohnsitz des Antragstellers, gestellt wird bzw. evtl.  
schon zu seinen Gunsten dort entschieden wurde. Es wird gebeten,  
dies gerichtsseitig zu klären, weil dort Unterlagen über das  
Münchener Aktenzeichen vorhanden sein dürften.

Im Auftrag

(Sillem)



JEWISH RESTITUTION SUCCESSOR ORGANIZATION  
301 Fürther Str. Nürnberg

An das

Zentralanmeldeamt

Wiedergutmachungs-Behörde:

Friedberg bei Bad Nauheim

Diese Anmeldung entspricht der Anzeige Nr.

Die Jewish Restitution Successor Organization Inc. New York (zu benützende Anschrift: Nürnberg, Fürther Straße 301) welche durch Ausführungsverordnung Nr. 3 vom 23. VI. 1948 als Nachfolgeorganisation im Sinne der Art. 8, 9, 10 und 11 des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung anerkannt wurde, macht nachfolgende Anmeldung auf Grund des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung:

1. Name und letzte bekannte Anschrift des jüdischen Verfolgten:

Hans Katzenstein, frueher Muenchen, Haerberle str.2/o

2. Name und Anschrift des(r) Rückerstattungspflichtigen (gegenwärtiger Inhaber oder Besitzer des beanspruchten Vermögensgegenstandes):

Deutsches Reich durch Bayerisches Finanzministerium

3. Beschreibung und gegenwärtige (zuletzt bekannte) Lage des beanspruchten Vermögensgegenstandes:

RM 465,-- Bürgersteuer Überzahlung  
RM 25,-- fuer geleistete Sicherheit  
RM 8.441,-- Bankguthaben Auswanderersperrenkonto bei CO Fri Na Muenchen  
RM 4.964,60 Erlös aus versteigertem Umzugsgut (bei zuerst bei DB Hamburg hinterlegt)  
RM 10.169,52 Anteil der Liquid. der Na, Katzenstein Loehne, Bielefeld

Dieser Vermögensgegenstand war Gegenstand einer Entziehung im Sinne des Gesetzes Nr. 59 der Militärregierung. Für den Fall, daß infolge Umschreibung des Grundbuchs oder aus irgendeinem anderen Grunde die oben angeführte Beschreibung nicht mehr zutreffen sollte, wird die Berichtigung der Beschreibung vorbehalten.

4. Der Anspruch nach Art. 16 des Gesetzes wird ausdrücklich vorbehalten.

5. a) Es wird Rückerstattung in Natur verlangt;

b) Im Falle Rückerstattung in Natur nicht möglich ist oder im Falle der Verschlechterung des beanspruchten Vermögensgegenstandes wird das Recht vorbehalten, eine Entschädigung zu verlangen, deren Höhe im Laufe des Verfahrens bekannt gegeben werden wird;

- c) Alle weiteren Ansprüche auf Grund des Gesetzes werden hiermit geltend gemacht. Die Angabe ihrer ziffernmäßigen Höhe wird vorbehalten.

Sollten die unter 2. genannten Personen derzeit nicht Inhaber der Eigentümerstellung sein, so richten sich die geltend gemachten Ansprüche gegen den oder die derzeitigen Inhaber der Eigentümerstellung. Die geltend gemachten Ansprüche auf Schadenersatz richten sich in jedem Falle auch gegen alle uns derzeit unbekannten Personen, die den Vermögensgegenstand seit der Entziehung im Besitz oder Eigentum hatten.

Wir erklären hiermit, daß alle in der vorstehenden Anmeldung enthaltenen Angaben nach unserem besten Wissen und Gewissen genau und der Wahrheit entsprechend gemacht worden sind.

Für die Jewish Restitution Successor Organization:

S. Schreiber

Gl.

28.10.1948

524265  
524265

Anlage zur Anmeldung, die der Anzeige 59691 entspricht

21

RM 4.845,60 Steueruebersahlung Beim FA Muenchen-Sued  
(Betrag wurde auf das Auswanderer-Kto Bei CoPri Bank Muenchen ueber)

RM 7.600,80 Forderung gegen Alice Sabat  
(davon wurden RM 2500,-- an FA Muenchen-Sued zur Begleichung der  
Vermögensabgabe bezahlt und RM 5.100,80 auf das Auswanderer-Kto  
bei der Co Pri Bank, Muenchen einbezahlt.

RM 60.000,-- Sicherungshypotheken auf Anwesen Muenchen, Rauchstr.20  
(GB Muenchen fuer Bogenhausen, Bd 56 Bl 2155 S 61

RM 60.000,-- 4%ige Oesterr.-Ungar. Staatsbahn Ges. Gold Probi v.1883

RM 60.000,-- 4%ige dtto, Jalons Kto  
Die Wertpapiere wurden andiex Reichbank Berlin abgeliefert.

RM 9%,-- Lebensversicherung bei der Gothaer Lebensversicherungs Bank

Anteil an Grundstück GB Bielefeld Bd 285 Bl 7040 Fl 14 Parz 2664/1  
(11qm)

524265

Hamburg, Hamburg 13, Hartungstrasse 5,

- O 5210 - K 21 - P 53 h -

Antragsgegner



22

Landgericht Hamburg  
1. Wiedergutmachungskammer

1. Wik 220/50  
Z 391 - 1 -

Beschluss

In der Rückerstattungssache  
des Dr. Howard B. Kayton,  
Bellerosa (N.Y.) USA,

vertreten durch: Rolf Katzenstein  
Bielefeld, Am tiefen Weg 2,

gegen

das Deutsche Reich,  
gesetzlich vertreten durch die Freie und  
Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -, diese  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion  
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstrasse 5,  
- O 5210 - K 21 - P 53 h -

Antragsgegner

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts  
Hamburg - unter Abstandnahme von erneuter mündlicher  
Verhandlung - durch folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
- 2.) Landgerichtsrat Dr. Warmbrunn,
- 3.) Assessor Dr. Schmidt-Räntsch

am 13. Februar 1953 beschlossen:

Die Ersatzpflicht des Antrags-  
gegners für Umzugsgut in Höhe von 23.000,--  
RM, welches am 7. April 1941 entzogen wurde,  
wird unter Abweisung eines höheren Fest-  
stellungsbegehrens sowie von Leistungsan-  
sprüchen festgestellt.

Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

Gründe:

Kl.

Form B  
gef. 16/6.3  
Freie

ist de. Rechtskraftzeugnis  
auf Grund Zust. v.  
d. Besch. des Ger. Schr. d.  
Ger. (§ 706, 2 ZPO) v.  
am 19. Juli 1953  
195  
Antragstellers,  
Justizinspektor

28.2.53

abw.

4.3.53

- 1) Ausfertigung an:  
- X Parteien  
- X Beteiligte  
- mit Urkunden
- 2) je 1 Abschrift an  
Landesamt  
f. Vermög. Kontr.  
Grundbuchamt
- 3) Form B ab/zum

1x Zentralamt  
mit CC 46



G r ü n d e :

Der Antragsteller, der früher den Namen Dr. Hans K a t z e n s t e i n gehabt hat, hat in München gelebt und ist vor Ausbruch des 2. Weltkrieges aus Deutschland ausgewandert. Er hat Umzugsgut größeren Umfanges zum Transport nach Übersee verpackt, und zur Weiterverladung nach dem Hamburger Freihafen bringen lassen. Eine Weiterversendung hat wegen des Ausbruchs des 2. Weltkrieges nicht stattfinden können, so dass das Umzugsgut im Hamburger Freihafen eingelagert worden ist. Die Geheime Staatspolizei hat eine Beschlagnahme ausgebracht und eine Versteigerung des Umzugsgutes durch den Auktionator Schlüter in Hamburg veranlasst. Schlüter hat nach den Feststellungen der Oberfinanzdirektion Hamburg folgende Brutto- Versteigerungserlöse erzielt:

5.4.1941	RM 1.015,—
7.4.1941	RM 30,—
26.6.1943	RM 100,—
28.3.1941	<u>RM 10.291,60</u>
zusammen:	RM 11.436,60
	=====

Der Antragsteller hat fristgerecht Rückerstattungsansprüche bei den zuständigen Behörden angemeldet und den Ersatz des Wertes seines Umzugsgutes verlangt. Der Antragsgegner hat dem Anspruch zunächst aus Rechtsgründen widersprochen, im Laufe des Verfahrens jedoch die im Schreiben vom 14. Januar 1953 enthaltene Erklärung abgegeben.

Der Antragsteller ist durch Schreiben vom 24. Januar 1953 gefragt worden, ob er auf eine erneute mündliche Verhandlung Wert lege; in einem Termin vom 19. Mai 1950 war er unvertreten geblieben. Die Kammer hat sich zu einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren für befugt und eine solche für zweckmässig gehalten, weil der Antragsteller und sein Vertreter einen Termin persönlich nur mit einem ziemlich erheblichen nicht erstattungsfähigen Kostenaufwand wahrnehmen könnten. Im Hinblick darauf, dass sämtliche dargelegten Tatsachen von Amts wegen zu beachten und zu werten sind, erwachsen ihm hieraus keine Nachteile.

Eine



Eine Doppel-Anmeldung des Anspruchs durch den Antragsteller liegt nach Auskunft der Wiedergutmachungsbehörde Oberbayern - W.B.I. - vom 5. Februar 1953 nicht vor, die lediglich mit einem Antrag der Nachfolgeorganisation befasst ist.

Die Beschlagnahme und Verwertung des Umzugsgutes jüdischer Mitbürger, welche durch die rassistischen Verfolgungsmassnahmen der nationalsozialistischen Regierung zur Auswanderung gezwungen wurden, stellt eine Entziehungshandlung im Sinne des Rückerstattungsgesetzes dar. Die Nachteile, welche hieraus erwachsen sind, müssen ausgeglichen werden, soweit die gegenwärtig gültigen gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit hierzu bieten.

Die Festsetzung von Entschädigungen für Ansprüche nach dem Rückerstattungsgesetz, insbesondere auf Grund der unberührt gebliebenen Sonderbestimmungen für Verbindlichkeiten des Reiches, ist in der britischen Zone Deutschlands noch nicht geregelt, weil ein allgemeines Entschädigungsgesetz bisher nicht erlassen worden ist, ~~mit~~ noch eine Ungewissheit darüber besteht, ob eine bundesgesetzliche Regelung ergehen oder der Landesgesetzgeber zuständig sein wird. Die Wiedergutmachungskammer kann dem Antragsteller deshalb keinen Leistungstitel gewähren, weil § 14 des Umstellungsgesetzes eine Umstellung von Reichsmark-Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches in die jetzt gültige Währung ausnahmslos verbietet und auch rassistisch verfolgten Personen, die berechnigte Wiedergutmachungsansprüche erheben, keine Vorrechte gewährt. Die Wiedergutmachungskammer hat sich darauf zu beschränken, die Ersatzpflicht dem Grunde nach durch Feststellung der Höhe des Schadens und des Zeitpunktes seiner Entstehung auszusprechen. Der Grund dieser Sonderregelung liegt darin, dass infolge des militärischen Zusammenbruchs die Verbindlichkeiten <sup>des Reiches</sup> ausserordentlich hoch und die zu ihrer Befriedigung verfügbaren Mittel vorläufig noch unzulänglich sind. Die Aufbringung erfordert finanzpolitische und steuerliche Massnahmen, weil ein recht erheblicher Betrag im öffentlichen Haushalt der Bundesrepublik oder der Länder aufgebracht werden muss, und deshalb Entschliessungen der



der gesetzgebenden Organe, welchen die Kammer durch Entscheidung im Einzelfall nicht vorgreifen darf. Von einander abweichende Entscheidungen verschiedener Wiedergutmachungsbehörden würden die Rechtssicherheit erheblich gefährden und die Auswirkungen auf den Staatshaushalt unübersehbar machen. Deshalb ist der Antragsteller bei der Geltendmachung seiner Ansprüche zur Zeit auf eine vorbereitende Anordnung beschränkt. Die Höhe des Schadens kann nur im Rahmen einer Schätzung ermittelt werden, deren Richtigkeit im Hinblick auf die Unmöglichkeit genauer Aufklärung der Zusammensetzung des Umzugsgutes nicht unbedingt gewährleistet ist. Eine Rückgabe des Umzugsgutes selbst oder von Teilen an den Antragsteller scheitert daran, dass sein Erwerb durch unbekannte Meistbietende der Versteigerung erfolgt und dass die Sachen zum größten Teil entweder durch natürlichen Verbrauch oder durch Kriegsverluste bei den Erwerbern inzwischen zugrundegegangen sein dürften. Die Einholung eines Sachverständigen-gutachtens über den Zeitwert scheitert an der Unmöglichkeit sachdienlicher Beurteilung. Eine Beschreibung des Antragstellers könnte im Hinblick darauf, dass nach Ablauf von ungefähr 14 Jahren ~~sichere~~ ~~keine~~ Erinnerungen unmöglich sind, keine zuverlässige Grundlage für eine Begutachtung abgeben. Die Kammer hat in anderen Verfahren ausführliche Stellungnahmen von Personen eingeholt, die amtlich oder in ihrem Gewerbebetrieb mit der Verwertung beweglicher Sachen befasst sind, nämlich der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts in Hamburg, eines angesehenen Auktionators und von Taxatoren der Feststellungsbehörde. ~~eingeholt~~. Die Grundlagen der Schätzungen bei Kriegsschäden und bei Bewilligung von Entschädigungen für Besatzungsmassnahmen sind ermittelt worden. Das Ergebnis dieser Äusserungen stimmt darin überein, dass auf die Erzielung des vollen Handelswertes bei den Versteigerungen während des Krieges im allgemeinen nicht zu rechnen gewesen ist, dass jedoch einer Verschleuderung und einer darauf beruhenden Bereicherung Einzelner schon im fiskalischem Interesse im allgemeinen mit Erfolg vorgebeugt worden ist. Ein Auktionator hatte wegen seiner Beteiligung am Erlös durch Kavelinggelder ein Interesse daran, günstige Erlöse zu erzielen. Eine Nachprüfung im einzelnen ist aus den



den bereits angegebenen Gründen ausgeschlossen; die Nachprüfung einer Vielzahl von Einzelfällen hat ergeben, dass häufig in der gleichen Versteigerung sich unzulängliche Erlöse durch verhältnismässig günstige ausgleichen. Im allgemeinen wird das Doppelte des Netto- oder Bruttoversteigerungserlöses als die obere Grenze des Zeitwertes des Versteigerungsgutes angesehen, wenn es aus mittleren oder besseren Haushaltungen herrührt.

Deshalb hat die Kammer den Schadensersatzanspruch des Antragstellers auf RM 23.000,-- bemessen und die in der Beschlussformel enthaltene Entscheidung getroffen, wobei für den Entstehungszeitpunkt ein Durchschnittsdatum festgestellt wurde.

Weitergehende Ansprüche, insbesondere Ansprüche auf Leistung, kann der Antragsteller zur Zeit nicht erheben; sie waren demnach als nach der jetzigen Rechtslage unbegründet zurückzuweisen.

Die Kostenfreiheit der Entscheidung ergibt sich aus Artikel 63 des Gesetzes Nr. 59 der britischen Militärregierung.

*Freierh.* *O. Waudum*

*Helmut Röntgen*

Im bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis  
zum 10. Juni 1953 einschl.

eine Rechtsmittelschrift bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht nicht eingereicht  
worden. Hamburg, den 12. Juni 1953

Die Geschäftsstelle  
des Hanseatischen Oberlandesgerichts



*Waudum*  
Justizinspektor *sch. Feb*